

28.11.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5000 und 18/6500 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/6806

2. Lesung

Kapitel 06 070 Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 21 Sonstige Zuschüsse für Zwecke der politischen Bildungsarbeit

Erhöhung des Baransatzes

HH 2024

Ansatz lt. HH 2023

von	2.586.200 Euro	3.446.200 Euro
um	1.360.000 Euro	
auf	3.946.200 Euro	

Begründung

Gemäß aktuellen Umfragen¹ und Studien² offenbart sich eine kritische Wahrnehmung der Demokratie in unserem Land. Nach einer repräsentativen Umfrage von policy matters, die im Auftrag der Körber-Stiftung im Zeitraum Juni und Juli dieses Jahres durchgeführt wurde, haben nur noch 43 Prozent der Befragten sehr großes bzw. großes Vertrauen in die Demokratie, während 54 Prozent der Befragten weniger oder nur geringes Vertrauen in die demokratischen Strukturen bekundet haben. Auch die Zahl politisch motivierter Straftaten steigt. Besorgniserregende Zahlen aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022 untermauern dies: Mit insgesamt 8.948 politisch motivierten Straftaten verzeichnete man einen Anstieg um 2.548 Delikte oder 39,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in dem 6.399 Fälle registriert wurden.

Vor diesem Hintergrund erweist sich die Erhöhung der Finanzmittel für die Landeszentrale für politische Bildung, insbesondere für die Demokratiebildung, als unabdingbar. Politische Bildung fungiert als essenzielles Instrument, um demokratische Teilhabe zu stärken, Extremismus vorzubeugen, die Meinungsbildung zu fördern, die Integration zu unterstützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen. In Anbetracht gegenwärtiger Geschehnisse und des verstärkten Auftretens antidemokratischer Tendenzen sowie extremistischer Strömungen in Nordrhein-Westfalen wäre eine Kürzung, wie von der Landesregierung geplant, fatal.

Henning Höhne
Marcel Hafke

und Fraktion

¹ <https://koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/vertrauensverlust-in-die-demokratie/>.

² <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023/>.